



Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Kolb unterstützt E-Petition für mehr Frauen in den Aufsichtsräten

Magdeburg (MJ). Justizministerin Prof. Dr. Angela Kolb unterzeichnet die E-Petition einer parteienübergreifenden Gesetzesinitiative an den Bundestag für eine gesetzlich zu verankernde Frauenquote. Kolb "Ich rufe angesichts der mageren Ergebnisse des Spitzengesprächs der Bundesregierung mit den Personalvorständen der DAX 30-Unternehmen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich mit Ihrer Unterschrift für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote einzusetzen."

Kolb erteilt allen weiteren Selbstverpflichtungen der Wirtschaft eine klare Absage: "Dieser Ansatz ist gescheitert. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen großer deutscher Unternehmen ist nach Jahren einer selbstverpflichtenden und scheinbaren Frauenförderung mit weniger als drei Prozent in Vorständen und weniger als vier Prozent auf der Arbeitgeberseite der Aufsichtsräte beschämend gering. Die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote ist nicht nur zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gemäß Art. 3 GG geboten sondern bringt auch Vorteile für die Wirtschaft. Studien belegen, dass gemischte Teams erfolgreicher sind und die Unternehmen von einer höheren Eigenkapitalrendite und einem höheren Firmenwert profitieren."

Hintergrund:

Die E-Petition fordert den Deutschen Bundestag auf, "ein Gesetz zu beschließen, das eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten bewirkt und insbesondere eine gesetzliche Mindestquote für die Aufsichtsräte aller Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern vorsieht, die in einer angemessenen und absehbaren Übergangsfrist zu erreichen ist." Sie stützt sich auf Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes, nach dem der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt. 50.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen ab dem 13. April 2011 sind erforderlich, damit der Bundestag über diese Gesetzesinitiative öffentlich berät. Die E-Petition wurde im Internet eingestellt unter:
<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=17335>

Impressum:

Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Domplatz 2 - 4
39104 Magdeburg
Tel: 0391 567-6235
Fax: 0391 567-6187
Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de
Web: www.mj.sachsen-anhalt.de